



Sachbearbeitung	Ältere, Behinderte und Integration		
Datum	10.06.2009		
Geschäftszeichen	ABI/KAM		
Vorberatung	Internationaler Ausschuss	Sitzung am 30.06.2009	TOP
Behandlung	öffentlich		GD 276/09

Betreff: Neuausrichtung der Ulmer Integrationspolitik - Konsequenzen für die Arbeit von KAM

Anlagen: -

Antrag:

Es wird beantragt, die Empfehlungen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Grunert, Christine

Genehmigt: BM 2.OB	_____	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
_____	_____	Eingang OB/G _____
_____	_____	Versand an GR _____
_____	_____	Niederschrift § _____
_____	_____	Anlage Nr. _____

Sachdarstellung:

1. Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:	z.Zt.NEIN
Auswirkungen auf den Stellenplan:	z.Zt. NEIN

2. Neuausrichtung der Integrationspolitik der Stadt Ulm seit 2007/08

Der Nationale Integrationsplan vom Juli 2007 beinhaltet im Rahmen der Selbstverpflichtungen der Kommunen die Empfehlung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände:

Integration als kommunale Querschnittsaufgabe

- der Integration eine hohe kommunalpolitische Bedeutung beizumessen.
- Integration als ressortübergreifende Aufgabe in der Kommunalverwaltung zu verankern und ihrer Bedeutung entsprechend anzusiedeln.
- kommunale Gesamtstrategien, die den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen angepasst sind, zu entwickeln und fortzuschreiben.

Ende 2007 wurde auf dieser Grundlage die künftige Struktur der Stelle der Integrationsbeauftragten und der Kontaktstelle für die ausländische Bürgerschaft der Stadt Ulm im Internationalen Ausschuss vom 27.11.2007 und im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales vom 04.12.2007 behandelt, vgl. **GD 428/07**, die durch die Neubesetzung der Stelle der Integrationsbeauftragten im Mai 2008 umgesetzt wurde.

Die Integrationsbeauftragte und die ihr als operative Einheit zugeordnete Kontaktstelle für die ausländische Bürgerschaft (im Folgenden gemeinsam bezeichnet als "KAM") haben folgende Aufgaben

Strategische Aufgaben

- Kommunaler Ansprechpartner für migrations- und integrationsrelevante Fragestellungen
- Entwicklung, Umsetzung und Weiterentwicklung des kommunalen Integrationskonzepts
- Auf- und Ausbau kommunaler Netzwerke
- Koordinierung der kommunalen Integrationsaufgaben

Operative Aufgaben

- Planung , teilweise auch Durchführung von Maßnahmen und Projekten
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Die Stadt setzt damit institutionell eine schon früher begonnene Entwicklung um, die weg von der Ausländerpolitik, die auf begrenzte Angebote für einzelne Zielgruppen mit der Perspektive einer vorübergehenden Unterstützung bis zu Rückkehr ins Heimatland zielte, und hin zur systematischen Integrationspolitik mit der Perspektive der interkulturellen Öffnung und Anerkennung von Vielfalt führt. Damit erweitert sich auch der Auftrag von KAM.

Integration bezeichnet die Eingliederung (neuer) Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen einer Aufnahmegesellschaft und die Art und Weise, wie diese (neuen) Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher, kultureller und politischer Beziehungen verknüpft werden. Integration verfolgt das Ziel gleichberechtigter Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Geschehen in all seinen Facetten. (Definition: *KGSt 7/2005, Management kommunaler Integrationspolitik*)

Die **Interkulturelle Öffnung** von Organisationen ist ein zweiseitiger Veränderungsprozess. Sie bezeichnet einen Prozess, der Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebensweisen und Organisationsformen ermöglicht, wodurch Zugangsbarrieren und Abgrenzungsmechanismen in den zu öffnenden Organisationen abgebaut und Anerkennung ermöglicht wird. (Definition nach *Schröer, in: Interkulturelle Öffnung in öffentlichen Verwaltungen und Wohlfahrtsverbänden, hrsg. von M. Budzinski, Bad Boll 2008*)

3. Konsequenzen aus dem erweiterten Auftrag von KAM

Neue Zielgruppe der Arbeit sind Migranten *und* Einheimische, Aufgabe ist die Gestaltung ihres gemeinsamen Zusammenlebens in der Stadt Ulm. Hinzu kommt die Koordination der Integrationspolitik in der Kommune sowie planerisch-strategische Aufgaben. Die Integrationsbeauftragte ist gemäß dem Querschnittsauftrag stärker als zuvor in kommunale Prozesse einbezogen und deckt mit ihrem Auftrag grundsätzlich *alle* Felder kommunalen Handelns ab. Dies setzt sich fort im Auftrag der Kontaktstelle für die ausländische Bürgerschaft als operativer Einheit.

KAM setzt seinen erweiterten Auftrag in wesentlichen Teilen durch projektfinanzierte Aktivitäten um. Auf diese Weise wird im Integrationsbereich ein breit gefächertes Angebotsspektrum möglich (vgl. Jahresbericht KAM im Internationalen Ausschuss vom 05.05.2009, **GD 182/09**).

Aktuell sind bei KAM 2,0 Stellen durch die Stadt und weitere 1,5 Stellen über befristete Projekte durch Drittmittel finanziert. Weitere vier Kleinprojekte (Laufzeit 6 - 12 Monate) werden von den Stelleninhaberinnen im wesentlichen im Rahmen der bestehenden Stellen mitgetragen.

Projektakquise und -abwicklung sind entscheidend für den Erfolg der Arbeit von KAM.

Um die Arbeit mit nachhaltigem Erfolg weiter führen zu können, bedarf es gewisser organisatorischer Rahmenbedingungen, von denen vorliegend vor allem die folgenden Bereiche relevant sind:

Stelle Projektmanagement

Die Stelle soll das Berichtswesen, insbesondere die finanzielle Abwicklung laufender Projekte, ermöglichen. Sie soll zudem mit der gezielten Projektakquise die Gestaltung der städtischen Integrationspolitik sowie die Vernetzung unterstützen.

Die Projektmittelträger, insbesondere auf EU-Ebene, sind im Gegensatz zu früheren Jahren sehr viel restriktiver bei der Abrechenbarkeit von Verwaltungsaufwand geworden. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Nachweise. Die Kontaktstelle kann die entstehenden Kosten nur zu einem Teil refinanzieren. Durch die Vielzahl der gleichzeitig laufenden Projekte bei KAM ist eine Bündelung der Projektabrechnungen bei einer Stelle sinnvoll (Nutzung von Synergien).

Da KAM über kein eigenes Budget verfügt, ist die Sichtung von projektfinanzierten Unterstützungsmöglichkeiten ein wichtiger Bestandteil der Ulmer Integrationsarbeit, da vor allem auf diese Weise integrationsfördernde und nachhaltige Initiativen aus der (Migranten-) Bürgerschaft in finanzieller Hinsicht möglich werden.

Der Erfolg der Arbeit lässt sich anhand von Anzahl, Umfang und Nachhaltigkeit der erfolgreich bearbeiteten Projekte ermesen.

Es wird daher die Einrichtung einer Stelle Projektmanagement bei KAM empfohlen.

Budget KAM

Um kurzfristig und unbürokratisch kleine integrationsfördernde Initiativen mit begrenzten Beträgen unterstützen zu können, sollte KAM über ein eigenes Budget verfügen.

Geschäftsstelle Internationaler Ausschuss

Die in der Migrationsstatistik 2008 (vgl. **GD 387/08**) deutlich gewordene Internationalität Ulms führt zu einer gewachsenen und auch dauerhaften Bedeutung des Internationalen Ausschusses des Ulmer Gemeinderats. Hier entwickelte sich gerade im vergangenen Jahr eine deutliche Zunahme der Präsenz in der Öffentlichkeit (eigener Flyer, mehrere Informationsstände und Mitwirkung bei Veranstaltungen) sowie der Vernetzung der Internationalen Listen mit den Stadtratsfraktionen. Dementsprechend wachsen auch die Anforderungen an KAM als Geschäftsstelle des Internationalen Ausschusses in Hinblick auf

- Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und organisatorischen Aufgaben
- Koordinierung von Terminen und Anfragen
- Weiterleitung von Informationen

Ausstattung wie Arbeitsplatz mit PC-Mitbenutzung sowie Schrank etc. sind bei KAM vorhanden.

Eine Abrechnung dieser auf Dauer angelegten Tätigkeiten über Projekte ist nicht möglich.

Es wird daher empfohlen, Verwaltungskapazitäten zur Erfüllung dieser Aufgabe bereitzustellen.

4. Finanzierung

Angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Haushaltsslage ist eine Änderung des bestehenden Zustands schwierig, so dass die Aktivitäten derzeit entweder nur in begrenztem Umfang oder projektfinanziert mit den damit verbundenen Risiken erfolgen können. Sobald sich die finanziellen Rahmenbedingungen bessern, sollten die genannten Bereiche umgehend einer geregelten Finanzierung zugeführt werden.